

### Bildungsverband informiert sich aus erster Hand

Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion, Hubertus Heil und Katja Mast, sprachen mit BBB-Vertretern über die Flüchtlingssituation und den Branchentarifvertrag.

**Berlin | Vorstand und Geschäftsführung des Bildungsverbandes waren zu Gast bei Hubertus Heil, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag und den Bundestagsabgeordneten bei Katja Mast, Sprecherin des Arbeitskreises Arbeit und Soziales, Dr. Matthias Bartke und Bernd Rützel, ebenfalls SPD.**

In beiden Gesprächen ging es zum einen um das derzeit alles beherrschende Thema Flüchtlinge und die Frage, wie der Bildungsverband und seine Mitgliedsunternehmen hier unterstützend tätig werden können und zum anderen um den neuen Mindestlohn-Tarifvertrag für die Aus- und Weiterbildungsbranche, der am 1.1.2016 in Kraft tritt und derzeit das



Sprechen miteinander zum Thema Mindestlohn in der Weiterbildungsbranche: Rosina Baumgartner, Referentin der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales SPD-Bundestagsfraktion; Bernd Rützel, MdB; Dr. Matthias Bartke, MdB; Katja Mast, MdB, Sprecherin Arbeit und Soziales der SPD; Walter Würfel, BBB Geschäftsführer; Achim Albrecht und Rudolf Helfrich, Stellvertretende Vorstandsvorsitzende des BBB; Sigrid Baumann-Tornow, BBB Vorstand (von links).



Im Gespräch zur Flüchtlingssituation: Hubertus Heil, Stellvertretender SPD Bundestagsfraktionsvorsitzender für Bildung, Wissenschaft und Forschung; Nermin Fazlic, Referent Bildung, Wissenschaft und Forschung; Walter Würfel, BBB Geschäftsführer; Achim Albrecht, BBB Vorstand (von links).

#### Inhalt

- Bildungsverband informiert sich aus erster Hand
- Editorial
- Integrationskurse: Reformdruck bleibt
- Vergaberechtsreform: Die EU zeigt sich abstinert
- Vergaberecht ist noch nicht in trockenen Tüchern
- BBB bietet künftig Fortbildungen an
- Fachtagung: „Digitale Transformation in der Weiterbildung“
- Parlamentarischer Abend

Verfahren zur Allgemeinverbindlichkeitsklärung durchläuft – Veröffentlichung durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) im Bundesanzeiger, um letzte Stellungnahmen zu ermöglichen, danach wird der Tarifvertrag vom BMAS für allgemeinverbindlich erklärt und tritt in Kraft. Wurde der Mindestlohn 2016 noch für West und Ost unterschiedlich erhöht, gibt es ab 2017 bundesweit gleiche Bezahlung.

Der Mindestlohn für Fachkräfte, die in der Regel ein Hoch- oder Fachhochschulstudium aufweisen können, liegt dann zwar immer noch unter dem Lohnniveau eines ungelerten Arbeitnehmers in der Metallindustrie, aber mit dem neuen Abschluss bewegen sich die Löhne für die

Mitarbeiter deutlich von dem bisher viel zu niedrigen Niveau nach oben. Der bereits zu Anfang des Jahres zwischen der Zweckgemeinschaft des BBB und den Gewerkschaften ver.di und GEW ausgehandelte Tarifvertrag trägt zumindest vorläufig der gesellschaftlichen Bedeutung der Weiterbildungsbranche besser Rechnung.

Flüchtlinge als die größte derzeitige Herausforderung für den Arbeitsmarkt und die gesamte Gesellschaft waren natürlich auch Gegenstand des Gesprächs. Der BBB steht mit seinen Mitgliedsunternehmen bereit, zu unterstützen und zu helfen. Der Vorstand und die Geschäftsleitung gehen davon aus, dass Ausbildungs-, Fortbildungs- und Qualifizierungskonzepte und *Fortsetzung auf Seite 2*



## Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Integrationsarbeit ist für die Mitglieder unseres Bildungsverbandes tägliches Geschäft. Viele von ihnen bieten Integrationskurse oder berufsbezogene Sprachkurse, berufsvorbereitende Lehrgänge oder Weiterbildungen an. Daher ist es schon fast selbstverständlich, dass wir uns immer stärker politisch einbringen, auch wenn es um Fragen der Flüchtlingspolitik geht. So können wir stolz auf die gemeinsame Aktion des BBB und des Deutschen Volkshochschulverbandes mit der Gewerkschaft GEW sein. In einem Schreiben an alle Bundestagsabgeordneten ging es vor allem darum, dass mehr Geld für die Integrationskurse bereitgestellt werden muss und es nicht akzeptabel ist, dass die Lehrer in diesen Kursen kaum von ihrer Arbeit leben können. Die Reaktionen auf diesen Appell sind ein Beweis dafür, dass unsere Stimme Gewicht hat. In der aktuellen Ausgabe dieses Infobriefes berichtet Walter Würfel, dass die Reform des Vergaberechts noch keine beschlossene Sache ist. Noch können wir hier etwas bewegen, aber auch Sie, die Mitglieder des BBB sind aufgerufen, sich einzumischen und dazu beizutragen, dass die Chancen auf einen Branchentarifvertrag nicht schon im Vorfeld verspielt werden.

Politischer Höhepunkt dieses Herbstes wird unser Parlamentarischer Abend am 4. November zum Thema „Migration und Flüchtlinge – Bildung und Arbeit ohne Wartezeit“ sein. Ich freue mich auf spannende Diskussionen und bin sicher, dass wir in vielen Einzelgesprächen mit den Abgeordneten an diesem Abend noch einiges bewegen können!

Herzlichst Ihr  
Thimeo Fojkar  
Vorsitzender des Vorstandes

## Integrationskurse: Reformdruck bleibt

Die Verbände werden nicht locker lassen

**Berlin | Was das Thema Flüchtlinge betrifft, überschlagen sich die Ereignisse. Im Frühsommer gab es dazu ja eine erste große Veranstaltung in Berlin, wo der Bildungsverband BBB, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW und der Deutsche Volkshochschulverband dvv auf die Reformnotwendigkeit der Integrationskurse hingewiesen haben.**

Vor vier Wochen bekamen die Vertreter des Bündnisses einen Gesprächstermin im Büro der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung.

Es ging darum, wie eine Reform konkret auszusehen hat. Die Lehrkräfte, freiberuflich oder bei Trägern festangestellt, haben wegen der nicht ausreichenden Finanzierung teilweise prekäre Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig haben die Träger keine ausreichende Planungssicherheit; die Finanzierung der Kurse muss auf stabile Füße gestellt werden. Die Gesprächspartnerinnen bei der Integrationsbeauftragten machten allerdings den Verbändevertretern in allen Punkten wenig Hoffnung. Aus ihrer Sicht sind andere Dinge wichtiger: Der Ansturm, die Unterbringung der Flüchtlinge und ihre Versorgung müssen bewältigt und gewährleistet werden.

Klar ist aber auch, so die Bildungsvertreter,



Im Gespräch: Büroleiterin Dr. Annette Tabbara, Referatsleiterin Honey Deihimi und die Verbändevertreter: Walter Würfel, BBB; Ansgar Klinger, GEW; Ulrich Aengenvoort dvv (von links).

dass spätestens nach Abschluss der meisten Aufnahmeverfahren, also in wenigen Monaten, ein riesiger Bedarf an Integrationskursen bestehen wird. Es ist von insgesamt 20 000 fehlenden Lehrkräften die Rede. Wenn die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten und Träger nicht verbessert werden, dann ist davon auszugehen, dass die zusätzlichen Lehrkräfte nicht gewonnen werden können, sondern im Gegenteil, dass viele in besser bezahlte Tätigkeiten, nicht zuletzt in die Schulen, abwandern werden. Die Verbände werden nicht locker lassen – der nächste Schritt wird ein Besuch beim Arbeitsstab der Bundesagentur bzw. beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge beim neuen Präsidenten Frank Jürgen Weise sein. Das Bündnis aus BBB, GEW und dvv wird sich auch weiterhin für bessere Bedingungen bei den Integrationskursen einsetzen. *Walter Würfel*

### Fortsetzung: Bildungsverband informiert sich ...

passgenaue Programme umgesetzt werden müssen, wenn die derzeitige Phase der Aufnahme und Anerkennung beendet ist. Beispielsweise informierten die Abgeordneten noch vor dem Bund-Länder-Flüchtlingsgipfel am 23. September im Kanzleramt den Bildungsverband und gaben ihm ihre Einschätzung zur Situation.

Außerdem werden Bundestag und Bundesrat im Laufe dieses Jahres noch das Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts beschließen. Dieses Gesetz zur Regelung der Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen wird auch

für die Mitgliedsunternehmen Veränderungen mit sich bringen (siehe auch Seite 3). Angesprochen wurden aus Sicht der BBB-Mitglieder problematische Punkte wie die angemessene Überprüfung der Qualität von Dienstleistungen durch die Bundesagentur für Arbeit; die Einhaltung des Mindestlohn-Tarifvertrages und vieles mehr.

Es waren konstruktive Gespräche. Die Gesprächspartner zeigten sich aufgeschlossen und sind an einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Durchführung von Arbeitsmarktdienstleistungen interessiert. *Walter Würfel*

## Vergaberechtsreform: Die EU zeigt sich abstinent

**Leipzig | Das Vergaberecht legt den Regionalen Einkaufszentren (REZ) und den Jobcentern die Zügel bei der Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen an. Derzeit werden Trense und Zaumzeug erneuert: 2014 hat die EU-Kommission drei neue Vergaberichtlinien erlassen, die Deutschland bis zum 18. April 2016 umzusetzen hat.**

Für Arbeitsmarktdienstleister ist die EU-Richtlinie 2014/24/EU bedeutsam. Liegt danach der Auftragswert über 750.000 Euro, so müssen die beabsichtigte Vergabe und die Ergebnisse des Vergabeverfahrens EU-weit bekannt gemacht werden. Ansonsten sind die EU-rechtlichen Anforderungen großzügig bis schwammig. „Notwendigkeit, Qualität, Kontinuität, Zugänglichkeit, Bezahlbarkeit, Verfügbarkeit und Vollständigkeit der Dienstleistungen“ sollen Rechnung getragen werden. Auch darf das Angebot „mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis unter Berücksichtigung von Qualitäts- und Nachhaltigkeitskriterien“ bezuschlagt werden.

Damit hat die EU weder Leder fürs Zaumzeug noch Mundstück für die Trense in petto. Im Gegenteil, Deutschland hat größtmögliche Regelungsfreiheit. Und setzt erste Akzente. Seit einigen Wochen liegt der Gesetzentwurf des Bundeskabinetts zur Modernisierung des Vergaberechts vor. Danach kann der öffentliche Auftraggeber künftig frei

**Künftig kann der öffentliche Auftraggeber zwischen den Vergabearten frei wählen.**

wählen zwischen den Vergabearten (mit Ausnahme des Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb). Auch sollen Leistungserweiterungen vergabefrei sein, wenn der Wert der Erweiterung nicht mehr als 20 Prozent (anstatt von zehn Prozent) des ursprünglichen Auftragswerts beträgt. Diese Regelungen sind rudimentär, entscheidend wird eine neue Vergabeverordnung sein. Dort soll z. B. geregelt werden, wann der Auftraggeber das besonders intransparente Verhandlungsverfahren

ohne Teilnahmewettbewerb durchführen darf. Welche Lockerungen gegenüber dem geltenden Recht zu erwarten sind, ist allerdings unklar. Auch der Erlasszeitpunkt steht in den Sternen.

In Summe gilt: Berlin kann nicht mehr auf Brüssel zeigen. Die Mitgliedstaaten haben es in der Hand, wie sie das Pferd „Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen“ künftig aufzäumen. Dies gilt natürlich erst recht unterhalb von 750.000 Euro. Es ist noch

längst nicht ausgemacht, dass die hier zu erwartenden Neuregelungen dieselben sein werden, die man derzeit für die Auftragsvergaben oberhalb des Schwellenwerts diskutiert.



**Dr. Christoph Kins**

Rechtsanwalt  
www.zimmermannkins.de

## Vergaberecht ist noch nicht in trockenen Tüchern

**Berlin | Die Modernisierung des Vergaberechts ist seit Anfang des Jahres beim BBB ein wichtiges Thema. Die Umsetzung der EU-Richtlinien zur Vergabe öffentlicher Aufträge wird weitreichende Auswirkungen auch auf die BBB-Mitgliedsunternehmen haben. Dabei wird von der Europäischen Union in der Ausgestaltung des Gesetzgebungsverfahrens und der Vergabe den Mitgliedsstaaten weitgehende Autonomie zugestanden.**

Der BBB hat dazu schon im Frühsommer eine Veranstaltung durchgeführt, auf der die Bundesagentur für Arbeit (BA) ihre Position erläutert hat. Es wurde deutlich, man wird erst dann etwas zum neuen Verfahren sagen können, wenn die Verordnung da ist, die das Gesetz in seiner Anwendung konkretisiert. Dies soll Ende Oktober der Fall sein.

Allerdings scheint die Bundesagentur keine substanziellen Veränderungen am bisherigen Verfahren vornehmen zu wollen, sie

verspricht sich von der neuen Norm hauptsächlich mehr Rechtssicherheit.

Bei der Bewertung eines Angebots können jetzt auch früher erbrachte Leistungen des Bewerbers in der Ausschreibung berücksichtigt werden. Nach welchen Kriterien früher erbrachte Leistungen bewertet werden, ist entscheidend – da sind die Trägerverbände, auch der BBB, mit der BA im Gespräch.

Ein Passus im neuen Gesetz ist äußerst umstritten: Die Auftraggeber sollen bei der Bezahlung der Mitarbeiter nur Tarifverträge berücksichtigen, die nach dem Arbeitnehmerentendegesetz abgeschlossen wurden. Dies würde bedeuten, dass der seit langer Zeit vom BBB und seiner Zweckgemeinschaft angestrebte Branchentarifvertrag kaum Chancen auf Realisierung hätte. Hier muss nachgebessert werden – verschiedene Verbände, auch der BBB, aber auch die Gewerkschaften, sind hier aktiv, um eine solche Regelung rückgängig zu machen. Auch bei Fällen, wo das Vergaberecht bisher

nicht angewendet wird (Dienstleistungen im sozialrechtlichen Dreiecksverhältnis, wie beispielsweise Jugendhilfe), will der Gesetzgeber offensichtlich Möglichkeiten schaffen, solche Aufträge dem Vergaberecht zu unterwerfen, was als äußerst problematisch angesehen wird.

Der Gesetzentwurf soll gegen Ende des Jahres beschlossen sein. Bleibt abzuwarten (und natürlich noch Einfluss zu nehmen), ob das Gesetz und seine Verordnung dann für

die Träger von Arbeitsmarktdienstleistungen wirklich eine Verbesserung bringen wird – es gibt noch viel zu tun.



**Walter Würfel**

Geschäftsführer des BBB

## BBB bietet künftig Fortbildungen an

**Berlin | Das Bildungs-Qualitäts-Management (BQM) hat Maßstäbe gesetzt. In Zeiten, als es für die BBB-Mitglieder unentbehrlich war, hat der Bildungsverband ein damals richtungsweisendes Qualitäts-Management System aufgelegt. Viele Unternehmen der Branche orientierten sich daran.**

Inzwischen sind fast zehn Jahre vergangen, und andere QM-Systeme sind am Markt erfolgreicher. Viele Bildungsunternehmen haben sich den klassischen Qualitätsmanagementsystemen zugewandt - wie zum Beispiel der ISO 9000. Schweren Herzens hat der BBB Vorstand entschieden, das eigene System künftig noch mehr weiter zu aktualisieren. Großer Dank gilt all denen, die es über viele Jahre gepflegt und aufrecht erhalten haben. Insbesondere gilt der Dank Corinna Kieser, der fachkundigen und engagierten Qualitätsmanagementbeauftragten der DAA.

Die Aufgabe des eigenen BQM-Systems

bedeutet aber nicht, kein Qualitätsverband mehr zu sein. Im Gegenteil. Der BBB wird weiter seine Mitglieder in ihrer Qualitätsarbeit unterstützen und sicherstellen, dass diese auf QM-Angebote ihres Verbandes zugreifen können. Die Diskussionen, vor allem die zur Erreichung unternehmerischer Ziele, die Erarbeitung neuer Standards, die permanente Arbeit am Thema Qualität in der Erwachsenenbildung, in der Arbeitsvermittlung, werden selbstverständlich im Verband fortgeführt. Aus diesem Grund hat der Vorstand entschieden, in einer BBB Akademie ein regelmäßiges Fortbildungsprogramm aufzulegen. Damit können Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Bildungsunternehmen in aktuelle Diskussionen aller für die Branche wichtigen Themen eingebunden werden.

Das Bildungsprogramm startet in Kürze mit einem Seminar zur Novellierung der ISO 9000. Flüchtlinge sind das nächste Thema. Die Mitglieder haben bereits einen Fragebogen zum Thema Arbeit mit Flüchtlingen

erhalten. Darauf wird ein Workshop aufbauen, der neue Konzepte entwickelt, um diesem Personenkreis ein stimmiges, auf ihre speziellen Probleme zugeschnittenes Angebot machen zu können. Zudem will die BBB-Akademie ein Forum für die Diskussion mit den Prüfgruppen der Bundesagentur bieten. Die BBB-Akademie ist selbstverständlich offen für Ideen. Bitte teilen Sie uns mit, an welchen Themen Sie besonders interessiert sind. Der Plan ist, im Frühjahr



**Sigrid Baumann-Tornow**  
BBB Vorstand

2016 ein erstes Programm für die BBB-Akademie zu veröffentlichen. Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen!

## Fachtagung: „Digitale Transformation in der Weiterbildung“

**Berlin | Die Veranstalter des Deutschen Weiterbildungstages (DWT) und die Nationale Agentur Bildung für Europa organisieren am 18. November in Berlin eine Fachveranstaltung zum Thema „Digitale Transformation in der Weiterbildung - Anforderungen an die Weiterbildungsbranche und ihre Akteure“.**

Es geht um die besonderen Herausforderungen und Auswirkungen der Digitalisierung auf die Lern- und Arbeitswelt, gerade auch innerhalb von Weiterbildungsorganisationen.

Die ganztägige Veranstaltung sieht eine Vielzahl an Vorträgen vor: **Hans Georg Rosenstein** und **Christian Bernhard** (Europäische Agenda Erwachsenenbildung, Nationale Agentur Bildung für Europa) sprechen zum Thema: „Europäische Erwachsenenbildung Digital“, **Prof. Dr. Wolfgang Schroeder**, Universität Kassel äußert sich zur „Digitalen Transformation von Politik und Gesellschaft“. **Antje Utecht**, Referentin beim Vorstand der IG Metall beleuchtet das Thema „Digitale

Transformation der Arbeit“ und **Saskia Esken**, Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion für Digitale Bildung wird über „Leben, Lernen und Arbeiten in der digitalen Welt – eine politische Gestaltungsaufgabe“ sprechen.

Nachmittags stellen **Prof. Dr. Ulf-Daniel Ehlers** (Duale Hochschule Baden-Württemberg), **Katrin Witte**, (IBB AG) und **Monika Fischer**, (Bertelsmann Stiftung) ausgesuchte Beispiele unter dem Thema „Weiterbildung 4.0 – Wie (re)agiert die Weiterbildungsbranche?“ Beispiele aus der Weiterbildungs-Praxis 4.0 vor.

Durch die Veranstaltung und dem abschließendem Worksession führt **Petra Hennicke**, gemeinsam mit dem Sprecher der Veranstalter des Deutschen Weiterbildungstages **Siegfried Schmauder**.

Anmeldung erforderlich! Weitere Informationen unter:  
Lutz.Kaube@bildungsverband.info  
Telefon 030 20454849

## Parlamentarischer Abend

Der Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. und der Bundesverband der Träger beruflicher Bildung planen für den **4. November** einen Parlamentarischen Abend in Berlin zum Thema „Migration und Flüchtlinge - Bildung und Arbeit ohne Wartezeit“. Anmeldung erforderlich!

Weitere Informationen unter:  
Lutz.Kaube@bildungsverband.info  
Telefon 030 20454849

### BBB Info-Brief, Oktober 2015

#### Herausgeber

BBB Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e.V.  
Vorsitzender des Vorstandes: Thiemo Fojkar  
Hannoversche Straße 19a · 10115 Berlin  
www.bildungsverband.info

#### Redaktion

Franz Siegert, Walter Würfel  
Telefon 030 20454849  
redaktion@bildungsverband.info

#### Fotos

IBB, Kins, Rumpfenhorst, Siegert

#### Druck

GOB-Service · Hamburg

**Nächster Redaktionsschluss: 27. November**